Felix Austria

"Oesterreich in neuen Europa" wirbt für sich selbst und um Schweizer Investoren

Zu einem Informationsmeeting besonderer Art lud Ende Woche der Schweizerische Bankverein in Zürich ein: Während Bundeskanzler Franz Vranitzky seine Europavision - möglichst schnelle Mitgliedschaft bei der EG ohne Loyalitätsverlust der Efta gegenüber, verbunden mit weitsichtig verpflichtender Wirtschaftshilfe an die notleidenden osteuropäischen Länder - darstellte, bot die ICD Austria (Industrial Cooperation and Development) Oesterreich als wohlfeile Investitionsplattform für Schweizer Unternehmer an.

Von Maja Wicki, Zürich

Konzertbestuhlung im dunkelroten Saal des neuen Bankvereingebäudes, in Richtung Referententisch, auf dem die Namenskarten des Bundeskanzlers, des österreichischen Botschafters sowie der Industrie-Ansiedlungsagenten sind. In der Sitzreihe hinter mir stellt sich jemand als Anwalt aus Basel vor und sagt im Ton des Eingeweihten

Oesterreich und dessen Vorteile an wie ein Marktprodukt, das billig zu haben ist und mit dem man sich noch viele Gratiszugaben einhandelt, Steuervorteile vor allem, deren Aufzählung durch die Werbeagenten etwas wie Ausverkaufsstimmung aufkommen lässt: Körperschaftssteuern, zum Beispiel, seien auf nur 30% festgesetzt, Investitionsfreibeträge von 20% würden gewährt, ebenso 112% bis 118% Abschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in Aussicht gestellt, der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer sei auf 50% herabgesetzt worden, und Angst vor Doppelbesteuerung brauche dank funktionierenden Doppelbesteuerungsabkommen auch niemand zu haben.

Der Vorteile seien noch zahlreiche mehr, schwärmen die Werber: Niedrige Arbeitskosten, bis 23% unter denjenigen der Schweiz, ein "ausreichendes Potential" von Ingenieuren und Fachleuten, eine Menge voll aufgeschlossener Industriegrundstücke zu Preisen, die ungläubig aufhorchen lassen - zwischen 15 und 50 Fr. pro Quadratmeter -, luxuriöse Wohn-, Lebens- und Erholungsmöglichkeiten und,- last but not least,- die unmittelbare Nähe zu den osteuropäischen Ländern, wo sich noch viel billiger als in Oesterreich produzieren lasse.

Der eigentlich Hit, den Gerald Y.Genn potentiellen Schweizer Investoren zum Schluss präsentiert, ist das sogenannte "Two Country Concept", das, wie er sagt, zwischen den USA und Mexico schon seit Jahrzehnten praktiziert werde. Dieses beruhe darauf, dass ein Investitionsvorhaben "geteilt" werde, nämlich so, dass der "kapitalintensive Teil, der besondere Ansprüche an Technologie, Qualität und Infrastruktur" stelle, in Oesterreich realisiert werde, während der "arbeitsintensive Teil zum Beispiel in Ungarn oder in der CSFR" angesiedelt werden könne. "Kurz", fasst der rührige Industrie-Ansiedler, der 30 Jahre lang für General Motors tätig war, ohne Zögern ein erprobtes imperialistisches Rezept zusammen, "benützen Sie die Gelegenheit, im Westen zu leben und im Osten zu arbeiten, respektive arbeiten zu lassen".

Bundeskanzler Franz Vranitzkys Engagement für die wirtschaftlich unterentwickelten Nachbarstaaten Oesterreichs hat allerdings mit missbräuchlicher "Wirtschaftsförderung" nichts gemeinsam. Wie schon anlässlich der KSZE-Konferenz in Paris, fordert er auch in Zürich die westeuropäischen Staaten auf, alles daranzusetzen, damit nicht "eine Maginot-Linie der Armut und der sozialen Not anstelle des gefallenen Eisernen Vorhangs" quer durch

weitsichtiger Europapolitik des österreichischen Bundeskanzlers, nicht nur in Hinblick auf einen möglichst schnellen EG-Beitritt, und der durch Wirtschaftsbeauftragte präsentierten marktschreierischen Anpreiserei eines wohlfeilen Oesterreichs, das sich mit einem diesjährigen Wirtschaftswachstum von 4,5% und einer Inflation von 3,3% von der "Aufholspur auf die Ueberholspur" emporgearbeitet hat und das investitionswillige Unternehmer auch in Zukunft seiner Arbeitsmoral und seiner Termintreue versichert.